

**Beschlussprotokoll der 153. Sitzung des Akademischen Senates
der Humboldt-Universität zu Berlin in der Hörsaalruine
des Medizinhistorischen Museums der Charité
vom 10.12.2002**

Teilnehmerinnen/Teilnehmer:

Hochschullehrerinnen/Hochschullehrer:

Frau Prof. Baldauf, Prof. Demougin (ab 9.30), Prof. Felix (bis 11.30 Uhr), Prof. Frensch, Prof. Hahn, Prof. Kirschke, Frau Prof. Reisinger, Prof. Röcke, Prof. Schlaeger, Prof. Schwark (bis 11.30), Frau Prof. Will (bis 12.15 Uhr)

Akademische MA:

Dr. Barthelmes, Dr. Dahme, Frau Dr. Plaschil (ab 12.40 Uhr), Dr. Stürmer, Fr. Dr. Zielinski (bis 12.40 Uhr)

Sonstige MA:

Frau Klinke, Hr. Kuhring, Frau Przybilla, Hr. Stange

Studierende:

Frau Kronemann, Hr. Plöse, Hr. Raeschke-Keßler, Frau Toewe (bis 11.45 Uhr)

Teilnehmerinnen/Teilnehmer mit Rede und Antragsrecht:

Präsident:	Prof. Mlynek
Vizepräsident:	Dr. Eveslage
Vizepräsident:	Prof. Tenorth
Vizepräsidentin:	Frau Prof. Ischinger
Vizepräsident:	Prof. Prömel
Personalrat (GPR):	Dr. Rogaschewski
Frauenbeauftragte:	Frau Dr. Kriszio
RefRat:	Herr Süß

Dekaninnen/Dekane/Direktoren ZI:

Prof. Dudenhausen, Prof. Dietrich (TOP 10), Prof. Linscheid, Frau Prof. Lobsien, Prof. Wrede (TOP 12)

Weitere Teilnehmerinnen/Teilnehmer:

Prof. Brüning (TOP 3), Frau Glockentöger (TOP 4), Prof. Hennecke, Frau Dr. Keune (TOP 4), Prof. Lenz (TOP 8), Hr. Schwalgin (TOP 3) Prof. vom Bruch (TOP 6), Prof. von Kardorff (TOP 15),

Dauer der Sitzung: 09.05 - 14.05 Uhr

Prof. Dietel begrüßt die Mitglieder des AS in der Hörsaalruine und gibt einige Informationen zum Tagungsort.

Es liegen folgende Tischvorlagen bzw. Informationsmaterialien vor:

- a) Schriftliche Anfrage der Liste "Offene Linke" an das Präsidium zu Immatrikulationsgebühren
- b) Schriftliche Anfrage der Liste "Offene Linke" an das Präsidium zum Umgang mit dem Engagement zum "Generalplan Ost"
- c) Stellungnahme des Kuratoriums vom 23. Nov. 2002 zur Hochschulmedizin
- d) Beschluss des Kuratoriums vom 23. Nov. 2002 über den Austritt der HU aus den Arbeitgeberverbänden

Die Tagesordnung wird in folgender Form genehmigt:

- 1. Protokollbestätigung (19.11.2002)
- 2. "Aktuelle Halbe Stunde"/Anfragen
- 3. Präsentation der Standortentwicklungsplanung der HU durch den Vorsitzenden der Standort-Entwicklungskommission und den Leiter der Technischen Abteilung (Vorlagen-Nr.: AS 167/2002)
- 4. Bericht der Frauenbeauftragten (Vorlagen-Nr.: AS 155/2002)
- 5. Bericht zum Stand der Umsetzung der Internationalisierungsstrategie der Humboldt-Universität zu Berlin (Vorlagen-Nr.: AS 153/2002)
- 6. Zwischenbericht der Arbeitsgruppe zum öffentlichen Umgang mit der Verstrickung der Humboldt-Universität in die NS-Vernichtungspolitik (Vorlagen-Nr.: AS 162/2002)
- 7. Festsetzung der Zulassungszahlen für das Sommersemester 2003 (Vorlagen-Nr.: AS 160/2002)
- 8. Einrichtung des Bachelor-Studiengangs und des Master-Studiengangs Amerikanistik, Erlass der Zulassungsordnung für den Master-Studiengang Amerikanistik (Vorlagen-Nr.: AS 164/2002)
- 9. Freigabe der C 3-Professur für Radiologische Diagnostik auf fünf Jahre befristet am Institut für Radiologie der Medizinischen Fakultät Charité (Vorlagen-Nr.: AS 165/2002)

Nichtöffentlicher Teil: (TOP 10 – 15)

- 10. Bestellung eines Honorarprofessors an der Philosophischen Fakultät II (Vorlagen-Nr.: AS 157/2002)
- 11. Berufungsliste zur Besetzung der C 4-S-Professur für "Analytische Chemie" an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät I, Institut für Chemie (Vorlagen-Nr.: AS 146/2002)
- 12. Berufungsliste für eine C 4-Professur und eine C 3-Professur für Archäologie und Kulturgeschichte Nordostafrikas (Vorlagen-Nr.: AS 163/2002)

13. Antrag auf Verleihung einer apl.-Professur an der Medizinischen Fakultät Charité (Vorlagen-Nr.: AS 151/2002)
14. Berufungsliste für die Besetzung der C 3-S-Professur auf Zeit für Rheumatologie an der Medizinischen Fakultät Charité gemeinsam mit dem Deutschen Rheuma-Forschungszentrum (Vorlagen-Nr.: AS 166/2002)
15. Berufungsliste für eine C 4-Professur für Rehabilitationspsychologie (Vorlagen-Nr.: AS 161/2002)
16. Verschiedenes

**TOP 1:
Protokollbestätigung (19.11.2002)**

Das Protokoll vom 19. November 2002 wird genehmigt.

**TOP 2:
"Aktuelle Halbe Stunde"/Anfragen**

Prof. Mlynek berichtet zu folgenden Punkten:

1. Das Kuratorium hat am 23. November 2002 den Entwurf des Doppelhaushaltsplanes für die Haushaltsjahre 2003 und 2004 gebilligt und festgestellt sowie sich mit den Themen Hochschulmedizin und dem Austritt der HU aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) und dem Verband der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes (VAdöD) beschäftigt. Die Stellungnahme bzw. der Beschluss dazu liegt den AS-Mitgliedern vor.
2. In Köln fand eine Anhörung von HU und FU vor dem Medizinausschuss des Wissenschaftsrats statt. Die Präsidenten, Dekane, Ärztlichen Direktoren, die Verwaltungsdirektoren beider Universitäten sowie Vertreter der Kassen hatten Gelegenheit, zu dem Expertengutachten Stellung zu nehmen und die Fragen der Mitglieder zu beantworten. Man könne derzeit nicht sagen, was der Medizinausschuss als Fazit dieses Tages festgelegt habe und wie die endgültige Empfehlung des Wissenschaftsrats im Januar 2003 aussehen werde. Entscheidend wird die Frage sein, wie ein interuniversitäres Zentrum funktionieren könne. Er habe in der Anhörung verdeutlicht, dass das ZUMB aus seiner Sicht eher eine verkappte Medizinische Hochschule und damit eine vierte Universität in Berlin sei und sich die Medizin auf diese Art und Weise noch weiter von den Universitäten entferne.
3. Bezüglich der Novellierung des BerlHG habe es eine Anhörung vor dem Wissenschaftsausschuss des Abgeordnetenhauses gegeben. Entsprechend des Beschlusses des AS habe er die Position vertreten, dass es wichtig sei, die Umsetzung der Juniorprofessuren voranzutreiben und in Landesrecht zu fassen. Alle weiteren Regelungen könnten später bei einer großen Novelle des BerlHG diskutiert werden.
4. Die Resonanz auf die Jahrespressekonferenz des Präsidiums sei recht positiv gewesen. Die Einführung eines Qualitätsmanagements in allen Bereichen der

Hochschule sei in den Vordergrund gestellt worden. Die HU sei bereit, ihre Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit auf den Prüfstand zu stellen und zu belegen, um mehr Autonomie und Entscheidungsfreiheit in ihren Belangen zu erhalten. Der Jahresbericht liege den AS-Mitgliedern vor und werde auf der nächsten Konzilssitzung diskutiert.

5. Prof. Mlynek habe gemeinsam mit Frau Prof. Ischinger die Viadrina in Frankfurt/Oder besucht. Es sollten die Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit den Brandenburger Universitäten, die sich der HU bieten, im Auge behalten werden. Die Qualität der Forschung und Lehre sei beeindruckend. Er bittet, bei Forschungsschwerpunkten auf brandenburgische Aktivitäten zu achten, um diese möglicherweise einzubinden.
6. Der in Aussicht gestellte und fest verplante haushalterische Aufwuchs für das nächste Jahr wurde kurzfristig für die DFG um 3,5 % und für die MPG um 3% gestrichen. Die entsprechenden Konsequenzen seien bereits jetzt zu spüren, exzellent begutachtete SFB könnten nicht weiter gefördert werden, da nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen, die HU sei mit einem SFB davon betroffen. Der Wettbewerb werde noch härter werden. Trotz der schwierigen Haushaltslage des Bundes und der Länder sei es ein großer Fehler, diese Kürzungen vorzunehmen. Frau Ministerin Bulmahn habe ein Schreiben erhalten, in dem auf die dramatischen Auswirkungen für die Universitäten hingewiesen wird und die Ministerin aufgefordert wird, die Prioritätensetzung innerhalb des eigenen Hauses noch einmal zu überdenken.

Dr. Eveslage berichtet zum Austritt der HU aus dem Kommunalen Arbeitgeberverband (KAV) und dem Verband der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes (VAdöD). Das Kuratorium habe diese Frage kontrovers diskutiert und bislang keinen Beschluss gefasst. Das Präsidium sei aufgefordert worden, die Konsequenzen eines derartigen Austritts näher zu beleuchten. Nach dieser Sitzung habe es eine erneute Zusammenkunft der Präsidenten und der Beauftragten für den Haushalt gegeben. Es wurde vereinbart, dass jede Universität sich in einem Brief an den Vorsitzenden des Verbandes der Arbeitgeber des öffentlichen Dienstes und an die Vorsitzenden des KAV und VAdöD mit der Frage wendet, ob die Verbände bereit wären, die Universitäten bereits zum 31. Januar 2003 aus den Verbänden zu entlassen. Diese Verkürzung der Austrittsfristen bedürfe der Zustimmung der Vorstände der Arbeitgeberverbände. Sollten der KAV und der VAdöD den verkürzten Austrittsfristen zustimmen, werde eine Sondersitzung des Kuratoriums noch in diesem Jahr erforderlich und aller Wahrscheinlichkeit nach ein Beschluss zum Austritt der HU aus den Arbeitgeberverbänden gefasst werden. Prof. Mlynek erklärt, es sei geplant, dass der Senator an der Personalversammlung am Freitag teilnehmen und dieses Thema ein wichtiger Diskussionspunkt sein werde.

Herr Süß berichtet über die Verhandlungen mit den Verkehrsbetrieben zum Semesterticket. Diese gestalten sich schwieriger als angenommen, da die Verkehrsbetriebe teilweise ein schlechteres Angebot als der TU und FU vorlegen. Es gebe Absprachen über die Umsetzung an der Universität mit der Studienabteilung. Dazu zählt die Einrichtung eines Semesterticketbüros und die Information der Studierenden über die Beiträge, die zum nächsten Semester fällig werden und welche Möglichkeiten der Bezuschussung es aus sozialen Gründen gebe.

Prof. Prömel berichtet zu folgenden Punkten:

1. Gemeinsam mit der IGFA und der WISTA wurde ein Dissertationspreis gestiftet, der am 03. Dezember 2002 erstmalig durch StS Pasternack an Herrn Peter Portius, Institut für Chemie, verliehen wurde. Zielgruppe sind junge Wissenschaftler, die ihre Dissertation in Adlershof angefertigt haben. Der Preis ist mit 3000 Euro dotiert. Exzellenz sei das erste Kriterium bei der Vergabe des Preises, Sekundärkriterien seien die Promotionsdauer und der Bezug zu Adlershof.
2. Die Eröffnung des Forschungszentrums "Mathematik für Schlüsseltechnologien" habe am 20. November 2002 an der TU stattgefunden. Die HU ist mit einer Gruppe von ca. 20 Stellen und vier Professuren daran beteiligt. Derzeit seien drei von der DFG finanzierte C 4-Professuren ausgeschrieben, zwei Nachwuchsgruppen sind inzwischen besetzt.

Anfragen:

1. Herr Süß äußert sich enttäuscht darüber, dass Prof. Mlynek bei der Anhörung zur kleinen Novelle des BerlHG die Themen der Studierendenschaft nicht angesprochen habe. Aus ihrer Sicht sei die Behandlung des politischen Mandats wegen anstehender Klagen vordringlich. Prof. Mlynek erklärt, aus Sicht der Universitätsleitung habe das allgemeinpolitische Mandat derzeit nicht die Priorität wie die Umsetzung der Juniorprofessuren.
2. Herr Plöse verweist auf die beiden Anfragen der Liste "Offene Linke" an das Präsidium und bittet um schriftliche Antwort an alle Mitglieder des AS, möglichst zur nächsten Sitzung. Prof. Mlynek sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

TOP 3:

Präsentation der Standortentwicklungsplanung der HU durch den Vorsitzenden der Standort-Entwicklungskommission und den Leiter der Technischen Abteilung (Vorlagen-Nr.: AS 167/2002)

Prof. Brüning erläutert die Standortentwicklungsplanung für das Universitätsquartier Mitte (Hauptgebäude, Dorotheenstraße, Universitätsbibliothek und Geschwister-Scholl-Straße), das Universitätsquartier Nord (ehemalige Veterinärmedizin) sowie das Quartier in Adlershof. Vorrangig werde versucht, sich auf eigene Objekte zu konzentrieren und Mietobjekte aufzugeben. Diese Entwicklung sei kein Zufall, sondern in einer kontinuierlichen Arbeit der Standortentwicklungskommission mit der Technischen Abteilung geschehen.

Herr Schwalgin präsentiert den Standortentwicklungsplan IV. Für den Standort Mitte seien zwei große Investitionsmaßnahmen geplant: Am Hegelplatz soll ein Neubau für die Germanistischen Institute und das Nordeuropa-Institut entstehen, die Grundsteinlegung sei für nächstes Jahr, die Fertigstellung für Ende 2005 geplant. Das Grundstück für den Neubau der Universitätsbibliothek zwischen Planck- und Geschwister-Scholl-Straße werde der Hochschule übertragen, die Finanzierung sei gesichert. Der Baubeginn sei für Mitte/Ende 2004, die Fertigstellung bis 2007 geplant. In dem Neubau der UB sollen alle Zweigbibliotheken untergebracht werden. Dieses Konzept habe der Wissenschaftsrat beraten und positiv evaluiert. Das Hauptgebäude soll durch Entkernung und Rückbau von Flächen optimiert werden. Geplant sei, die Verwaltung

in die Ziegelstraße umzusiedeln. Gesamtziel des Planes sei, so gut wie alle Mietobjekte aufzugeben und damit den Haushalt der Universität dauerhaft zu entlasten. Er kritisiert, dass das Land Berlin mittelfristig keine finanziellen Mittel zur Investitionsplanung beisteuern könne und die HU somit gezwungen sei, die Mittel aus den Mietentlastungen für bauliche Investitionen zu nutzen.

Dr. Eveslage verweist darauf, dass die Mensa Süd vorerst nicht aus dem Hauptgebäude in die Ziegelstraße verlegt werde.

Dr. Dahme erkundigt sich nach dem Termin für die Geographie und Psychologie. Sollten erst im Herbst die Gebäude fertiggestellt werden, könne die Lehre im Wintersemester in Adlershof nicht aufgenommen werden. Herr Schwalgin erklärt, derzeit gebe es einen Verzug von zwei Monaten, es sei zu früh, um den Zeitpunkt des Umzugs zu bestimmen.

Herr Kuhring erkundigt sich nach der Fläche, die jedem Mitarbeiter zustehe, so dass auch die Arbeits- und Sicherheitsvorschriften eingehalten werden können. Herr Schwalgin erklärt, jedem Mitarbeiter würden 8 qm Fläche zustehen.

Frau Prof. Will erkundigt sich nach der Öffentlichkeit dieser Planungen, welchen Einfluss die Kommission auf die Planungen habe, z. B. bei Verzögerungen oder Mittelstreichungen und welche Grundlage die Planung in Bezug auf Standorte habe.

Prof. Mlynek erklärt, die Pläne seien mit den Dekanen erörtert worden, der Senator, Herr Zeller (Bezirksbürgermeister) und Frau Dubrau (Bezirksstadträtin für Stadtentwicklung) kennen die Planungen der Universität. Herr Dr. Flierl habe eine Vortragsreihe zu diesem Thema vorgeschlagen, um die Standortentwicklungsplanung gegenüber der Öffentlichkeit zu vermitteln. Das Präsidium sei bemüht, alle bei der Entscheidungsfindung maßgeblichen Personen einzubinden. Prof. Brüning erklärt, die Kommission habe keine Entscheidungsbefugnis, könne aber das langfristige Ziel beharrlich beraten und verfolgen. Dr. Eveslage erläutert, die Information an den AS sei der erste Schritt, die Planungen der Öffentlichkeit vorzustellen. Den einzelnen Einrichtungen würden die entsprechenden Materialien zur Verfügung gestellt und weiterhin Gespräche gesucht. Für die Finanzierung gebe es zwei Prämissen: alle Mietobjekte freizuziehen und den Mietetat zu entlasten, eine dauerhafte Entlastung des Haushalts sei vorerst nicht gegeben, da diese Mittel für die Neubauvorhaben eingesetzt werden. Der Verkauf von eigenen, nicht genutzten Objekten/Grundstücken werde weiterhin verfolgt, die Erlöse werden ebenfalls für die Neubauten genutzt, da das Land nicht mehr den Anteil für HBFG-geförderte Baumaßnahmen auf Grund der Finanzsituation des Landes bereitstellt.

Herr Süß erfragt den Stand für den geplanten Mensabau in Adlershof und ob geplant sei, dass die studentische Verwaltung ebenfalls aus dem HG ausziehen solle. Herr Schwalgin antwortet, die Planungen für den Mensabau seien wieder aufgenommen worden und ein Bau von 2005 bis 2007 vorgesehen. Für die Zwischenzeit sei beschlossen worden, die Oase zu erweitern. Der Studentenvertretung werde genügend Platz in den Neubauten zur Verfügung gestellt. Dr. Eveslage ergänzt, es gebe derzeit keine klaren Entscheidungen, wer, wann aus dem Hauptgebäude umziehen werde. Der Grundgedanke sei, dass der Wissenschaft im Wesentlichen das HG zur Verfügung stehen sollte. Auf die Frage von Herrn Süß nach dem Stand zum geplanten Kauf des Johann-von-Neumann-Hauses erklärt Herr Schwalgin, derzeit erfolge eine Analyse der Schäden, die WISTA sei für deren Beseitigung verantwortlich. Dies ziehe erhebliche Kosten nach sich, die den Kauf verzögerten. Das Land werde vom abgeschlossenen Kaufvertrag nicht zurücktreten.

Prof. Hahn verdeutlicht seinen Eindruck, dass sich die HU nur zögerlich von Objekten trenne, die nicht mehr benötigt würden (wie z. B. Malchow). Das Risiko bestehe in der Sicherheit dieser Objekte. Herr Schwalgin macht darauf aufmerksam, dass vor

Freizug von Gebäuden an anderer Stelle Räumlichkeiten hergerichtet werden müssten, dies sei mit erheblichen Kosten verbunden. Derzeit sei es nicht möglich, alle Voraussetzungen gleichzeitig zu schaffen. Für notwendige Sicherheitsvorkehrungen werde gesorgt.

Frau Prof. Reisinger erkundigt sich, wie langfristig die Planungen angelegt seien, insbesondere auf dem Gelände der ehemaligen Veterinärmedizin. Prof. Mlynek erklärt, bis zum Jahre 2010 müssten Standorte konzentriert, renoviert und weiterentwickelt sowie gegebenenfalls weitere Finanzierungsquellen erschlossen werden. Prof. Brüning führt zum Thema Schlossplatz an, es werde eine Prüfung des Kommissionsberichts auf die Realisierbarkeit vorgenommen. Prof. Mlynek dankt für die Erstellung des Standortentwicklungsplanes. Dadurch würde eine Perspektive eröffnet, an der gearbeitet und die umgesetzt werden müsse.

TOP 4:
Bericht der Frauenbeauftragten
(Vorlagen-Nr.: AS 155/2002)

Frau Dr. Kriszio, Frau Dr. Keune und Frau Glockentöger erläutern die Vorlage. Frau Dr. Kriszio schlägt vor, den Beschlusstext im Punkt II wie folgt zu formulieren: "Der Akademische Senat fordert die Universitätsleitung und die jeweils zuständigen Einrichtungen auf, die Frauenbeauftragten bei der Umsetzung der folgenden Punkte zu unterstützen:..."

Es schließt sich eine umfassende Diskussion zum Bericht an.

Prof. Röcke hält es für problematisch, dass die Universitätsleitung die Gender- und die Geschlechterforschung unterstützen und auf den Weg bringen soll. Dies müsse durch die Fakultäten erfolgen und er fragt, was unter Wahrnehmung von Führungsaufgaben gemeint sei was bei den Zielvereinbarungen festgeschrieben werden soll. Frau Dr. Kriszio erklärt, gemeint sei, dass die UL mehr im Sinne der Absicherung der Initiativen aus den Fächern aktiv werden solle. Bei der Wahrnehmung von Führungsaufgaben sei die Art und Weise, wie Führungsaufgaben ausgefüllt werden, gemeint. Dies sollte neben Publikationen und eingeworbenen Drittmitteln ebenfalls ein Kriterium sein. Die HU sei bisher auf die Mittel aus dem finanziellen Anreizsystem beschränkt, andere Universitäten würden zu Teilen Nachwuchsstellen als Belohnung für bestimmte positive Entwicklungen im Gleichstellungsbereich vergeben. Eine Reduzierung der Dauer der Stellenbesetzungssperre bei Einstellung einer Frau wäre ein ähnlich guter Anreiz. Für wichtig halte sie, dass diese den Bedingungen der einzelnen Fächern entspreche und nicht flächendeckend angewendet werden sollte. Prof. Prömel fügt hinzu, es würden derzeit Zielvereinbarungen abgeschlossen, die neben den Konsequenzen aus der Forschungsevaluation auch den Gleichstellungsauftrag beinhalten.

Prof. Demougin merkt bezüglich des Beschlusspunktes II. 6. an, Studierende hätten das Recht auf freie Fächerwahl und es gebe bei der Einschreibung keine Geschlechterunterschiede. Richtlinien gegen sexuelle Belästigung zu verabschieden halte er für sinnvoll, allerdings müssten auch die Professoren geschützt werden. Unklar sei ihm, wie Punkt II. 8. umgesetzt werden soll und bittet um Streichung dieses Punktes. Frau Dr. Kriszio erklärt, das Fach Informatik habe den geringsten Frauenanteil. Hinsichtlich der Richtlinien gegen sexuelle Belästigung müsse man bei der deutschen Universitätskultur nicht befürchten, dass rachsüchtig und ohne Prüfung des Einzelfalls Vorverurteilungen stattfinden würden. Es gehe nicht um Sanktionen, sondern um Thematisierung. Frau Lindemann, Frauenbeauftragte der MNF II, beklagt den zu

niedrigen Studentinnenanteil im Institut für Informatik. Als Konsequenz wurde ein Projekt initiiert. In diesem Rahmen werde gezielt in den Schulen geworben, um den Anteil an Studentinnen für den Bereich Informatik zu erhöhen. Es werde prototypisch ausgetestet, was zu tun sei, um später den Frauenanteil in dieser Wissenschaft zu erhöhen.

Dr. Eveslage greift die Äußerung von Frau Dr. Keune bezüglich des Arbeitsklimas und der Arbeitsweise in Technik und Verwaltung auf. Dies bedeute, der Umgang mit Frauen in der Verwaltung sei chaotisch, es fehle an Arbeitsorganisation und die Leiterinnen und Leiter könnten ihre Aufgaben nicht wahrnehmen. Dies könne in der Allgemeinheit so nicht stehen bleiben und er bittet um konkrete Beispiele. Er gehe davon aus, dass die einzelnen Leiterinnen und Leiter von Fällen der Art keine Kenntnis haben und informiert werden müssten, um entsprechend reagieren zu können. In der Endfassung des Berichts sollte diese Aussage konkretisiert werden. Frau Dr. Keune erklärt, diese Aussage beziehe sich nicht nur auf die Verwaltung, sondern auch auf Lehrstühle und die Medizinische Fakultät. Dies sei das Ergebnis der Einschätzung aller Frauenbeauftragten der Universität. Prof. Mlynek hält eine Differenzierung zwischen konkreten Fällen und einer allgemeinen Aussage für notwendig, um ein pauschales Urteil zu vermeiden. Frau Dr. Kriszio erklärt, aus dem Bereich des nichtwissenschaftlichen Bereichs habe es heftige Kritik zum Arbeitsklima gegeben. Es gehe darum, dieses Problem in das universitäre Bewusstsein zu heben, damit sich die Universität ihrer Verantwortung stelle. Probleme müssten früher erkannt und rechtzeitig Lösungsansätze gefunden werden.

Frau Prof. Reisinger empfiehlt eine Evaluation des Betriebsklimas. In problematischen Einrichtungen sollten Fragebögen entwickelt werden, die anonym u.a. den Krankenstand beinhalten und nach den Ursachen dafür fragen.

Prof. Demougin stellt den Geschäftsordnungsantrag, Punkt II. 8 aus der Vorlage zu streichen.

Der Akademische Senat lehnt den Antrag von Prof. Demougin mit 2 : 6 : 7 ab.

Der Akademische Senat stimmt dem Antrag von Frau Dr. Kriszio zu einem erweiterten Beschlusspunkt II zu.

Der Akademische Senat fasst bei zwei Gegenstimmen den Beschluss AS 155/2002:

- I. Der Akademische Senat nimmt den Bericht der Frauenbeauftragten zur Kenntnis.**
- II. Der Akademische Senat fordert die Universitätsleitung und die jeweils zuständigen Einrichtungen auf, die Frauenbeauftragten bei der Umsetzung der folgenden Punkte zu unterstützen:**
 - 1. Das Harnack-Programm zur Gewinnung hervorragend qualifizierter Professorinnen weiter zu führen,**
 - 2. positiv darauf hinzuwirken, dass der Anteil von Frauen unter den künftigen Juniorprofessuren nicht hinter dem bisher bei den C 1-Stellen erreichten zurückbleibt, und dass die Juniorprofessorinnen an der HU für ihre weitere akademische Karriere förderliche Rahmenbedingungen erhalten,**

3. ein Konzept zur Personalentwicklungsplanung für den Bereich Technik und Verwaltung zu entwickeln, das auch Mitarbeiterinnen in diesem Tätigkeitsfeld berufliche Aufstiegsmöglichkeiten bietet,
 4. im Rahmen der Evaluation der Lehre künftig eine differenzierte Verbleibanalyse für weibliche und männliche Studierende in den verschiedenen Studienjahren bis zum Studienabschluss vorzunehmen,
 5. im Zuge der künftigen Strukturplanung sowie bei der Studienreform und Modularisierung der Studiengänge die Frauen- und Geschlechterforschung an der HU und ein entsprechendes Lehrangebot abzusichern und auszubauen,
 6. das Projekt zur Gewinnung von mehr Studentinnen für ein Studium der Informatik weiter zu führen,
 7. Richtlinien gegen sexuelle Diskriminierung zu verabschieden,
 8. bei der Einführung der künftigen leistungsorientierten Professorenbeholdung die Qualität der Wahrnehmung von Führungsaufgaben zu berücksichtigen,
 9. Zielvereinbarungen zur Förderung von Frauen in der Wissenschaft mit den Fakultäten abzuschließen,
 10. unter Beteiligung der Kommission zur Frauenförderung das Verhältnis von Zielvereinbarungen, Frauenförderplänen und finanziellem Anreizsystem abzuklären,
 11. unter Beteiligung der Kommission für Frauenförderung zum Haushalt 2003 ein Anreizsystem zu entwickeln, das einen echten Anreiz zur vermehrten Einstellung von Frauen enthält.
- III. Der Akademische Senat begrüßt die Maßnahmen der Medizinischen Fakultät Charité zur Förderung des post-doktoralen weiblichen wissenschaftlichen Nachwuchses, insbesondere das Rahel-Hirsch-Stipendienprogramm.

Der Akademische Senat fordert die Medizinische Fakultät Charité auf, geeignete Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils von Frauen auf Professuren zu ergreifen und ein Programm zu entwickeln, das ein Anreiz zur Berufung von Frauen auch auf C 4-Stellen enthält.

TOP 5:
**Bericht zum Stand der Umsetzung der Internationalisierungsstrategie
der Humboldt-Universität zu Berlin
(Vorlagen-Nr.: AS 153/2002)**

Frau Prof. Ischinger erläutert die Vorlage.

Prof. Schlaeger informiert über eine Reise mit Prof. Mlynek sowie anderen Universitätsvertretern nach England.

Auf die Fragen von Herrn Plöse erklärt Frau Prof. Ischinger, die schnellstmögliche Umsetzung der Forderungen der Bologna-Deklaration sei erforderlich, da nur so der Erhalt des ECTS-Labels möglich sei, an das zusätzliche Finanzierungen geknüpft seien. Daher müssten die Fristen eingehalten werden. Sie informiert, in Kuba sei ein Lateinamerikazentrum durch Prof. Heinz gegründet worden. Eine erste Konferenz fand dort mit internationaler Beteiligung statt. DSW-Mittel wurden für den Studiengang MEMS (Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät, Prof. Wickström) eingeworben, die Auswahl der Studierenden erfolge gemeinsam mit der Fakultät und dem Amt für Internationale Angelegenheiten.

Prof. Röcke schlägt vor, die Formulierung im Bericht, dass die HU die Bologna-Erklärung als einmalige Chance begreift, abzuschwächen und statt dessen zu schreiben: "Die Humboldt-Universität begreift die Bologna-Forderungen als Verpflichtung und sieht sich in der Verantwortung, diese umzusetzen." Diese schnellstmögliche Umsetzung hält er ebenfalls für problematisch, es sollte eher pragmatisch damit umgegangen werden.

Frau Dr. Zielinski erklärt, der Bologna-Prozess bedeute die Schaffung eines europäischen Hochschulraumes. Damit sei verbunden, dass die Universitäten nicht nur nationale, sondern auch internationale Akteure geworden sind, und Studierende und Absolventen in die Lage versetzt werden müssen, schnellstmöglich den Bedingungen des integrierten Europas gerecht zu werden. Bologna sei nicht möglich ohne Förderung der Sprachen, die Lehramtsausbildung könne nur funktionieren in einer reformierten Form. Prof. Tenorth schlägt folgende Formulierung im Bericht vor: ".... begreift die Bologna-Forderung als einmalige Chance, Studienreform und Internationalisierung und europäische Öffnung der Universitäten miteinander zu verbinden. Er schlägt vor, Frau Prof. Ischinger zu bitten, eine offenere Formulierung zu finden, die die Argumente von Frau Dr. Zielinski deutlicher aufnehmen.

Herr Plöse erfragt, nach welchen Kriterien das Amt für Internationale Angelegenheiten evaluiert werden soll. Er sehe einen Widerspruch zwischen Internationalisierung und Sprachanforderungen einerseits und Gebührenforderung andererseits. Frau Prof. Ischinger erklärt, auch vom DAAD stehe eine Evaluierung ins Haus. Es sei erstmalig in Deutschland, dass ein Amt für Internationale Angelegenheiten evaluiert werde.

Der Akademische Senat nimmt den Bericht der Vizepräsidentin zum Stand der Internationalisierungsstrategie zustimmend zur Kenntnis.

TOP 6:

Zwischenbericht der Arbeitsgruppe zum öffentlichen Umgang mit der Verstrickung der Humboldt-Universität in die NS-Vernichtungspolitik (Vorlagen-Nr.: AS 162/2002)

Prof. vom Bruch erläutert die Vorlage.

Prof. Tenorth ergänzt zu Ziff. 4, dass es Vorgespräche mit ihm, Herrn Wahls und der Charité gebe, die angesprochenen, projektbezogenen Projektstudien einzurichten. Diese würden zu Teilen von der Charité und aus dem Innovationsfonds finanziert. Es soll dabei erstmals ein Instrument geschaffen werden, dass Projektstudien themengebunden ausgeschrieben werden.

Herr Plöse merkt an, es gebe einige im StuPa angelaufene Vorschläge, die er an die Kommission weiterleiten werde. Prof. vom Bruch wird Herrn Plöse zu einer der nächsten Sitzungen einladen.

Prof. Mlynek erklärt, bei den haushaltsmäßigen Auswirkungen müsse ergänzt werden, dass die studentische Hilfskraftstelle für die Laufzeit des Projektes befristet sei.

Der Akademische Senat fasst einstimmig den Beschluss AS 162/2002:

- I. **Der Akademische Senat nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe zum öffentlichen Umgang mit der Verstrickung der Humboldt-Universität in die NS-Vernichtungspolitik dankend zur Kenntnis. Der Akademische Senat bekennt sich auch zu diesem Teil der Universitätsgeschichte und unterstützt deshalb weitere Initiativen der kritischen Aufarbeitung. Die Humboldt-Universität versteht sich als ein weltoffener Ort der Begegnung und der Verantwortlichkeit von Wissenschaft und Forschung gegenüber der Gesellschaft und dies nicht nur in nationalem Rahmen.**
- II. **Der Akademische Senat befürwortet die initiierten Aktivitäten der Arbeitsgruppe, wie die geplante Ringvorlesung ab Sommersemester 2003. Er fordert die Fakultäten und Institute der Universität auf, diese zu unterstützen. Er begrüßt das Engagement der Universitätsleitung durch Bereitstellung einer studentischen Hilfskraftstelle für die Organisation, Umsetzung und mögliche Publizierung der Ringvorlesung.**
- III. **Der Akademische Senat verlängert den Arbeitsauftrag der Arbeitsgruppe bis zum Wintersemester 2003/2004. Er bittet die Arbeitsgruppe, zusammen mit der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät und der Medizinischen Fakultät Charité sowie den betreffenden Verwaltungseinrichtungen Vorschläge für öffentliche Gedenk- und Erinnerungsorte bis zum Ende des Sommersemester 2003 zu erarbeiten.**
- IV. **Der Akademische Senat begrüßt die Vorschläge der Arbeitsgruppe, die kritische Aufarbeitung der eigenen institutionellen Vergangenheit mit der Unterstützung studentischer Aktivitäten und der Förderung von Nachwuchswissenschaftlerinnen zu verbinden. Er bittet das Präsidium, Mittel für zusätzliche, an das Themenfeld der Arbeitsgruppe gebundene Projekt-tutorien für das Sommersemester 2003 bereit zu stellen. Die Arbeitsgruppe wird aufgefordert, der Universitätsleitung hierzu einen detaillierten Vorschlag bis zum Ende des Wintersemesters 2002/03 zu unterbreiten.**

TOP 7:

**Festsetzung der Zulassungszahlen für das Sommersemester 2003
(Vorlagen-Nr.: AS 160/2002)**

Prof. Tenorth erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst bei drei Enthaltungen (sonstige MA: 1 Enthaltung) den Beschluss AS 160/2002:

- I. Für die Zulassung zum Sommersemester 2003 werden die sich aus der Anlage 1 ergebenden Höchstzahlen festgesetzt. In den weiterführenden Studiengängen gelten darüber hinaus studiengangsspezifische Zulassungsvoraussetzungen.
- II. Mit der Durchführung des Beschlusses wird der Präsident beauftragt.

TOP 8:

Einrichtung des Bachelor-Studiengangs und des Master-Studiengangs Amerikanistik, Erlass der Zulassungsordnung für den Master-Studiengang Amerikanistik (Vorlagen-Nr.: AS 164/2002)

Frau Prof. Lobsien erläutert die Vorlage.

Herr Süß merkt an, der bisherige Magisterstudiengang sei positiv evaluiert worden, es sei für ihn nicht einsichtig, warum die Zulassung für diesen Studiengang ausgesetzt werden soll. Weiterhin sei in den Vorlesungen eine 80%-ige Anwesenheitspflicht vorgesehen, problematisch wäre dabei die Anwendung von Anwesenheitslisten. Er begrüßt die Idee, ein Wahlpflichtpraktikum einzuführen, allerdings sei ein weiteres Pflichtpraktikum nicht nötig. Prof. Lenz erklärt, alle Fragen seien ausführlich in der LSK beraten worden.

Der Akademische Senat fasst bei einer Gegenstimme den Beschluss AS 164/2002:

- I. Auf der Grundlage des Antrags des Fakultätsrates der Philosophischen Fakultät II vom 13. November 2002 empfiehlt der Akademische Senat dem Kuratorium, die Einrichtung des Bachelor-Studiengangs und des Master-Studiengangs Amerikanistik für eine Erprobungszeit von fünf Jahren zu beschließen.
- II. Der Akademische Senat erlässt die Zulassungsordnung für den Master-Studiengang Amerikanistik.
- III. Mit der Umsetzung des Beschlusses beauftragt der Akademische Senat den Präsidenten.

TOP 9:

Freigabe der C 3-Professur für Radiologische Diagnostik auf fünf Jahre befristet am Institut für Radiologie der Medizinischen Fakultät Charité (Vorlagen-Nr.: AS 165/2002)

Frau Prof. Reisinger erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst bei einer Enthaltung die Vorlage AS 165/2002:

Der Akademische Senat stimmt dem Antrag des Fakultätsrates der Charité an die Finanz- und Wirtschaftskommission auf Freigabe der Stelle eines/r Universitätsprofessors/in – Bes.Gr. C3 BBesG – für Radiologische Diagnostik (Nachfolge Prof. Reisinger) am Institut für Radiologie Campus Charité Mitte der Medizinischen Fakultät Charité mit der Zweckbestimmung C3-Professur auf Zeit für Radiologische Diagnostik (befristet auf 5 Jahre) zur Wiederbesetzung zu.

TOP 10:

**Bestellung eines Honorarprofessors an der Philosophischen Fakultät II
(Vorlagen-Nr.: AS 157/2002)
Ausschluss der Öffentlichkeit**

Prof. Dietrich erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst den Beschluss AS 157/2002:

Der Akademische Senat stimmt der Bestellung von Herrn Prof. Dr. Jürgen Weissenborn zum Honorarprofessor zu.

Protokoll der Diskussion und der Abstimmung siehe Anlage 2.

TOP 11:

**Berufungsliste zur Besetzung der C 4-S-Professur für "Analytische Chemie" an der Mathematisch-Naturwissenschaftlichen Fakultät I, Institut für Chemie
(Vorlagen-Nr.: AS 146/2002)
Ausschluss der Öffentlichkeit**

Prof. Hennecke erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst den Beschluss AS 146/2002:

Der Akademische Senat stimmt der Berufungsliste zur Besetzung der C 4-S-Professur für "Analytische Chemie" zu.

Protokoll der Diskussion und der Abstimmung siehe Anlage 3.

TOP 12:

**Berufungsliste für eine C 4-Professur und eine C 3-Professur für Archäologie und Kulturgeschichte Nordostafrikas
(Vorlagen-Nr.: AS 163/2002)
Ausschluss der Öffentlichkeit**

Frau Prof. Baldauf erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst den Beschluss AS 163/2002:

Der Akademische Senat stimmt der Berufungsliste C4-Professur für Archäologie und Kulturgeschichte Nordostafrikas zu.

Der Akademische Senat reicht die Berufungsliste C3-Professur für Archäologie und Kulturgeschichte Nordostafrikas an die Fakultät zurück.

Protokoll der Diskussion und der Abstimmung siehe Anlage 4.

TOP 13:

**Antrag auf Verleihung einer apl.-Professur an der
Medizinischen Fakultät Charité
(Vorlagen-Nr.: AS 151/2002)
Ausschluss der Öffentlichkeit**

Frau Prof. Reisinger erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst den Beschluss AS 151/2002:

Der Akademische Senat stimmt der Verleihung einer apl.-Professur an der Medizinischen Fakultät zu.

Protokoll der Diskussion und Abstimmung siehe Anlage 5.

TOP 14:

**Berufungsliste für die Besetzung der C 3-S-Professur auf Zeit für Rheumatologie an der Medizinischen Fakultät Charité gemeinsam mit dem Deutschen Rheuma-Forschungszentrum
(Vorlagen-Nr.: AS 166/2002)
Ausschluss der Öffentlichkeit**

Frau Prof. Reisinger erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst den Beschluss AS 166/2002:

Der Akademische Senat stimmt der Berufungsliste für die Besetzung der C 3-S-Professur auf Zeit für Rheumatologie an der Medizinischen Fakultät Charité gemeinsam mit dem Deutschen Rheuma-Forschungszentrum zu.

Protokoll der Diskussion und Abstimmung siehe Anlage 6.

TOP 15:

**Berufungsliste für eine C 4-Professur für Rehabilitationspsychologie
(Vorlagen-Nr.: AS 161/2002)
Ausschluss der Öffentlichkeit**

Prof. von Kardorff erläutert die Vorlage.

Der Akademische Senat fasst den Beschluss AS 161/2002:

Der Akademische Senat stimmt der Berufungsliste für eine C 4-Professur für Rehabilitationspsychologie zu.

Protokoll der Diskussion und Abstimmung siehe Anlage 7.

**TOP 16:
Verschiedenes**

Es besteht kein Diskussionsbedarf.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.

Vorsitzender

Protokoll